

06. November 2015

Paradigmenwechsel für eine moderne Organisation von Bildung

Ein klares Signal aus der Zivilgesellschaft für einen Paradigmenwechsel in der Schulverwaltung in Richtung Bildungsreformkommission – das war das Fazit einer hochkarätigen Veranstaltung im Haus der Industrie am 5. November. In seiner einleitenden Keynote legte RH-Präsident Josef Moser den Finger auf altbekannte Wunden: eine **komplexe Kompetenzverteilung und Mehrfachgleisigkeiten, Intransparenz und Ineffizienz, fehlende bildungspolitische Ziele** und das Problem eines hohen Inputs an Geld, aber vergleichsweise geringen Outputs an Schülerleistungen. Viel zu viel Geld bunkert in der Struktur, warnte Moser und **ohne eine Kompetenzbereinigung sei jede Reform nichts anderes Kosmetik**. Außerdem sei es ein Versäumnis, dass **bisher nie klare Ziele** festgelegt wurden. Vielmehr arbeite jeder in irgendeine Richtung und man befinde sich in einer Situation, in der nicht die Schüler und Steuerzahler im Mittelpunkt stünden sondern lediglich die Einzelinteressen der Akteure. Moser warnte davor, sich weiter an der Frage der veralteten Strukturen vorbei zu schummeln, denn: „Wir füttern weiter die Struktur und fahren bei den Kindern das Geld zurück. Es geht nicht darum, wer was im Verwaltungsmachtpoker bekommt. Sondern **wer kann etwas am besten und am effizientesten**.“ Die Funktion des Landesschulratspräsidenten befinde sich aus seiner Sicht übrigens in einer für alle Seiten unbefriedigenden Zwitterstellung als Diener 2er Herren (Land und Bund).

Anschließend diskutierten Hannes Androsch, Initiator der Volksbegehren Bildungsinitiative, Elisabeth Grossmann, Bildungssprecherin der SPÖ, Brigitte Jank, Bildungssprecherin der ÖVP, IV-Präsident Georg Kapsch und Josef Moser mit Blick auf den 17.11. darüber, wie der Wandel von der „Schulverwaltung“ hin zu einer modernen Organisation von Bildung gelingen kann und welche Reformschritte es darüber hinaus noch braucht. Tenor von Georg Kapsch dabei: **Es braucht eine echte und keine Feigenblattautonomie, die komplette Entpolitisierung des Systems, eine faire Finanzierung über ein Schulträgermodell** ähnlich wie in Holland und eine Bildungsstrategie für das Land. Sonst, so seine Befürchtung, werde nichts aus dem notwendigen Neuaufbau des Systems. Dieses sei wie es sei, weil es „total verpolitisiert und **Wiese diverser Machtspiele** ist“. Die Politik müsse zwar Ziele vorgeben, aber sich endlich von ihrem Einfluss in der Vollziehung und Durchführung verabschieden. Neustart Schule als starke Stimme der Zivilgesellschaft sieht er in diesem Prozess als wichtigen Partner, um den Druck für Reformen weiter zu erhöhen.

Hannes Androsch plädierte ebenfalls für Autonomie, eine **Aufwertung der Elementarbildung und einen Ausbau der Ganztagschulen**. Eine Verländerung sei für ihn die wahre Crux und Gefahr in der Schulverwaltung, denn er sieht schon die Verländerung durch das Landeslehrersystem glanzvoll gescheitert. Sicher ist er außerdem, dass, wenn am 17.11. nichts gelingt, „der Lackmустest gescheitert ist und mir ihr die gesamte Regierung“. In diesem Zusammenhang erinnerte er an die Behandlung des Bildungsvolksbegehrens im Parlament: „Manchmal hatte man vor lauter Einigkeit den Eindruck, es gäbe in Bildungsfragen nur mehr eine Fraktion. Aber rausgekommen ist dann trotzdem nichts“.

Elisabeth Großmann sah die Empfehlungen des Rechnungshofes und die **Forderungen der Zivilgesellschaft als wichtige Rückendeckung für umfassende Reformen** und meinte: „Sie rennen bei vielem, was hier gesagt wurde bei mir offenen Türen ein“. Jetzt müssten auch die Landeshauptleute von Reformen und einer Straffung der Verwaltung überzeugt werden, denn zwischen dem teuersten Modell der kompletten Verländerung und dem Gegenstück einer

Bundesverwaltung läge ein Unterschied von 450 Mio. €. Dieses Geld sei bei den Kindern mit Sicherheit besser angelegt.

Für Brigitte Jank ist ein gemeinsames Commitment der Regierung, dass man das System ändern möchte, essentiell. Sie plädiert aber dafür, dieser Systemänderung auch Zeit zu geben und gleichzeitig jene Dinge rasch voranzutreiben, die direkt an den Schulen passieren, wie etwa Fragen rund um die Digitalisierung. Gleichzeitig bricht sie eine Lanze für das von der IV favorisierte holländische Trägermodell, das auf hohe Verantwortung, Qualitätssicherung und das Messen von Leistungen setze, glaubt aber auch, dass es im Grunde egal sei, wer welche Lehrer verwalte. Und sie appelliert auch an den Bund seinen Pflichten als Dienstgeber nachzukommen, denn „die sind nicht erfüllt, wenn man sich die Arbeitsbedingungen für die Lehrer anschaut!“ Jank spricht sich weiters für eine **echte finanzielle und personelle Autonomie der Schulen** aus und dafür, Wirtschaft, Sport, Kunst/Kultur künftig in die Schulen hereinzuholen.

Die Schlussrunde widmete sich konkret dem Zieltermin 17.11. Auf die Frage an Josef Moser, wann der 17.11. für ihn ein Erfolg sei, dieser: „**Wenn man endlich das Jahr 1962 zum Vergessen bringt**“. Für Brigitte Jank ist es ein Erfolg, wenn am 17.11. „politisch in eine Richtung gesteuert wird, die sicherstellt, dass Pflichtschulabgänger künftig die Grundkompetenzen beherrschen“. Elisabeth Grossmann ist zuversichtlich, dass der 17.11. ein gutes Ergebnis bringt, sagt aber auch: „Seitens unserer Fraktion gibt es **keinen Blankoscheck für die Vorschläge der Regierung**“. Hannes Androsch **warnt nochmals vor einem Scheitern der Regierung** und hofft, dass „nicht das Gleiche passiert wie damals beim Bildungsvolksbegehren“. Und der Appell von Georg Kapsch an die Politik bzw. den Bund, sich endlich durchzusetzen: „**Kommen Sie aus allen ideologischen Schützengräben und machen wir gemeinsam den ersten Schritt eines entscheidenden Weges für die Zukunft des Landes.**“

Es diskutierten:

- **Hannes Androsch**, Initiator VBBI
- **Elisabeth Grossmann**, Bildungssprecherin SPÖ
- **Brigitte Jank**, Bildungssprecherin ÖVP
- **Georg Kapsch**, Präsident Industriellenvereinigung
- **Josef Moser**, Präsident Rechnungshof